

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

2.2.1908 (No. 37)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 2. Februar.

№ 37.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
1908.

Unterlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Mit Entschliessung Großh. Ministeriums der Finanzen wurden gemäß § 3 der Landesherlichen Verordnungs vom 10. Oktober 1906 folgende Diplomingenieure als Baupraktikanten aufgenommen:
Germann Stolz von Karlsruhe,
Edmund Weijel von Sgau.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 29. Januar d. J. wurde Telegraphenkontrolleur Heinrich Werber beim Stationsamt Karlsruhe H zur Generaldirektion der Staatsbahnen veretzt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 11. Januar d. J. wurde Betriebsassistent Karl Schrezenmayer in Dos nach Friedrichsfeld veretzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Rekrutierung in Frankreich.

Aus den Verhandlungen in den französischen Parlamenten über den Militäretat pro 1908 tritt abermals mit besonderer Deutlichkeit die große Sorge hervor, die die leitenden militärischen Kreise hinsichtlich der Rekrutierung und damit im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung eines hinreichend starken Friedensstandes der Armee beschäftigt. Es stellt sich dabei immer mehr heraus, daß die hohen Erwartungen, die die Regierung auf das im Jahre 1905 erlassene Gesetz über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit gesetzt hat, sich nicht erfüllen lassen und eine Minderung der Friedensstärke des Heeres unvermeidlich ist. Als eine beruhigende Begründung aus offiziellen Berichten sehen es zwar die großen Massen an, daß Frankreich mit seinen nur 38 Millionen Einwohnern es mit dem benachbarten Deutschen Reich mit rund 60 Millionen in der Zahl der dienstfähigen Leute nicht aufnehmen könne, aber für die maßgebenden Stellen sind diese Unterzählungen doch nicht überzeugend genug, um sie über die Beforgnis vor der zunehmenden Schwächung der Wehrkraft des Landes hinwegzubringen. Wie aus dem ausführlichen Budgetbericht des angesehenen Deputierten Messimy hervorgeht, sind in erster Linie die ausgebliebenen Reengagements der Kavallerie und Brigadiers Schuld daran, daß die Voraussetzungen der Regierung, unter denen die zweijährige Dienstzeit eingeführt wurde, nicht eingetroffen sind. M. Messimy sieht keinen anderen Ausweg, um aus diesem Dilemma herauszukommen und die bei den Truppen aller Waffengattungen vorhandenen großen Lücken aufzufüllen, als daß man sich am Ministerium zu weiteren Zugeständnissen in bezug auf die Verringerung der Lage und der späteren Zivilansprüche der Kapitulanten bequemt. Der Berichterstatter meint, daß der Regierung solche Bewilligungen um so leichter werden müßten, als sie ja gesehen habe, welche gute Früchte sie innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit den kapitulierenden Unteroffizieren gegenüber getragen hätten, deren Zahl sich in der Zunahme begriffen sei. Auch den Eintritt von Freiwilligen bezeichnet Messimy als im allgemeinen zufriedenstellend. Zwar sei die Zahl dreijährig Freiwilliger — zweijährig Freiwillige sind nach dem neuen Gesetz unstatthaft — nicht gestiegen und die Zahl vierjährig Freiwilliger sogar etwas zurückgegangen, dafür hätten sich aber fünfjährig Freiwillige, namentlich bei der Kavallerie, in sehr großer Menge gemeldet, was zweifellos als ein Fortschritt angesehen werden müsse.

Noch deutlicher erkennbar, als durch diese allgemeinen Betrachtungen, wird die Schwierigkeit der Lage, in der sich gegenwärtig die französische Regierung hinsichtlich der Rekrutierung und des Friedensstandes der Armee befindet, wenn man aus den zahlenmäßigen Aufstellungen sieht, daß aus Mangel an verfügbarer Mannschaft im Herbst des Vorjahres nur 244 000 Rekruten oder 15 000 Mann weniger als 1905 eingestellt werden konnten, und daß dementsprechend das Friedensheer des Heeres für dieses Jahr auf nur 534 000 Mann, also um 45 000 Mann weniger als im Jahre 1907, festgesetzt werden mußte. Es darf aber angeführt werden, daß die erheblichen Rückgänge nicht unerwähnt bleiben, daß die französische oberste Heeresleitung sofort die erforderlichen Konsequenzen gezogen hat, indem sie eine durchaus

rationelle Verteilung der zur Verfügung stehenden Rekruten auf die verschiedenen Waffengattungen anordnete. Den größten Vorteil davon hat die Artillerie gehabt, da sie 5400 junger Mannschaft mehr erhielt als bisher, hauptsächlich in Rücksicht auf die erhebliche Vermehrung dieser Waffe, die zwar vorläufig nur in dem cadre-Gesetz vorgesehen ist, aber beizutreten vorbereitet werden muß, um ohne Verzug in Kraft treten zu können. Eine um 5000 Mann erhöhte Rekrutenquote ist der Kavallerie zugewiesen worden, während die Zahl von 6500 Rekruten, die aus dem Mutterlande für die in Algier-Tunis dislozierten französischen Truppen bestimmt sind, dieselbe geblieben ist, wie im Vorjahre. Sehr beträchtlich erscheint auf den ersten Blick gegenüber diesen Rekrutenüberweisungen die diesmal um 21 000 Mann verminderte Zuteilung an die Infanterie. In Wirklichkeit aber ist die Maßnahme durchaus zweckmäßig und wohlwogener gewesen. Und zwar besonders deshalb, weil durch die Auflösung der Wehrzahl der noch vorhandenen vierten Bataillone eine ganze Anzahl der Ausbildung der höheren Einheiten hinderlicher Skelettformationen in Fortfall gekommen, und es nun möglich geworden ist, mit der aufgelösten Mannschaft die Lücken der übrigen Kompanien aufzufüllen. Es haben die verfügbaren Kontingente frei gewordener Leute ausgereicht, um selbst die Kompanien im Innern des Landes auf 118 Mann zu bringen, ein Friedensstand, der vollkommen genügt und es berechtigt erscheinen läßt, daß der Infanterie, wie wir gesehen haben, im Herbst 1907 zum Vorteil der anderen Waffen weniger Rekruten zuteilt worden sind. Es ist auch ein großer Irrtum, wenn zu dieser Tatsache in einigen deutschen Blättern die Auffassung ausgesprochen worden ist, daß von diesen 118 Mann der französischen Kompanien, infolge zahlreicher Abkommandierungen zu den verschiedensten Hilfsdiensten, für den Frontdienst ein beträchtlicher Abzug gemacht werden müsse. Das war früher der Fall. Seitdem aber im Jahre 1907 die Einstellung der bedingt Tauglichen, die lediglich für die Hilfsdienste bestimmt sind und über den Etat geführt werden, von 11 400 Mann auf 24 500 gestiegen ist, und insbesondere die Infanterie reichlich mit Leuten dieser Kategorie ausgestattet wurde, sind heute umfangreiche Abkommandierungen aus der Front nicht mehr notwendig.

Die Heeresverwaltung unserer westlichen Nachbarn sinnt in Anbetracht der durch die Verhältnisse gebotenen Herabsetzung des Rekrutenkontingents und des Friedensstandes der Armee unablässig auf Mittel, wie sie die Wehrkräfte im Mutterlande vermehren kann. Der neueste Weg, der gegenwärtig geplant wird, ist die Heranziehung der in Algier und Tunis dienenden Mannschaft französischer Nation und ihr Ersatz durch Eingeborene. Dabei soll gleichzeitig angestrebt werden, in dem französischen Besitzum Nordafrikas die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und dann aus Eingeborenen zwei vollzählige Armeekorps zu bilden, die auch für einen europäischen Krieg nach dem Festlande herübergezogen werden können. Das großartige Projekt, auf dessen Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann, steckt noch in den Kinderschuhen und wird noch viele Hindernisse aus dem Wege zu räumen haben, bevor es verwirklicht werden kann. Vorderhand befindet sich eine aus Frankreich an Ort und Stelle entsandte gemischte Kommission zur Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse. Die Arbeiten sollen erst im Frühjahr abgeschlossen sein, dann wird sich Näheres mitteilen lassen.

(Telegramm.)

* Paris, 31. Jan. Der Senat fuhr in der Debatte über die Vorlage betreffend Kürzung der Dienstzeit für die Reserve und Landwehr fort. General Langlois wies nach, daß die Reserve der wesentliche Bestandteil der französischen Heeresmacht geworden sei, während die Deutschen so viel Nachdruck, wie nur möglich, auf die aktiven Truppen setzten. Obgleich der General einer Verminderung der Dienstzeit grundsätzlich zustimmte, übte er doch mannigfache Kritik an der Vorlage. Wir sehen, sagte der Redner, wie bei uns immer mehr Gesetze aufkommen, die unsere Militärverwaltung schwächen, und Handlungen unternommen werden, die die Offiziere und Unteroffiziere entmutigen. Wir finden die Soldaten, die wir brauchen, nicht mehr; wir müssen zu Soldaten unsere Zukunft nehmen. (Stürmischer Widerspruch.) Clemencau unterbricht den Redner: Dieser Anspruch muß allen guten Willen entmutigen. Sie werden ihn bedauern. Langlois schließt: Jetzt ist gewiß der Augenblick nicht da, wo wir auf gesetzliche Maßnahmen nicht verzichten könnten, die die letzte Gewähr für die französische Unabhängigkeit bieten. (Weiß im Zentrum.) General Mercier kritisiert den Entwurf und brachte einen Antrag ein, die Regierung wolle beschließen, die Frage nach dem Programm und der Dauer der Uebungen

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

für die Reserve und die Landwehr an den Oberkriegsrat zu überweisen. General Picquart antwortete, daß die Regierung überzeugt sei, daß die Vorschläge, die sie vorbereitet habe, und die die Heereskommission billige, so beschaffen seien, daß die Organisation und die Brauchbarkeit der Reserve merklich wachsen müsse. Er habe in der Kammer einen Antrag auf Verkürzung der Reservendienstzeit bekämpft, aber seither hätten die Heereskommission und die Regierung den vorliegenden Entwurf eingebracht, den er unterstütze. (Lebhafte Zustimmung.) Der Minister schloß: In dem Vorschlag der Ueberweisung an den Oberkriegsrat, kann ich nur einen Vertagungsantrag erblicken. (Zustimmung.) Die Regierung ist der festen Ueberzeugung, daß das Gesetz die Landesverteidigung nicht schwächen wird. Freycinet sprach seine Befriedigung über die 2jährige Dienstzeit aus, die in Frankreich militärische Gleichheit schaffe. Der Redner trat aber in längeren Ausführungen für die Beibehaltung der jetzigen Dauer der Reserve- und Landwehrrübungen ein und erklärte, im Falle eines Krieges seien dies keine Kleinigkeiten. Die Stärke ganzer Armeen setze sich aber aus solchen Kleinigkeiten zusammen und das Unglück treffe die, die sie vernachlässigten. Der Redner schloß: Wenig genügt, um eine Bagchale in die Tiefe zu ziehen. Hüten Sie sich, von der Bagchale Frankreichs etwas herunterzunehmen! (Wiederholter lebhafter Beifall.) Darauf wurde die Sitzung geschlossen und die Weiterberatung der Vorlage für die nächste Sitzung angefeht.

Der Dank des Kaisers.

Seine Majestät der Kaiser hat an den Reichszentraler folgenden Erlaß gerichtet:
In zahlreichen Telegrammen und Zuschriften sind Mir beim Eintritt in Mein fünfzigstes Lebensjahr treue Glück- und Segenswünsche aus allen Teilen des Deutschen Reiches und aus weiten Fernen dargebracht worden. Behörden, Vereine und Vereinigungen, Alt und Jung, Hoch und Niedrig haben in Stadt und Land Meinen Geburtstag festlich begangen und Meiner dabei freundlichst gedacht. Diese patriotischen Kundgebungen haben Mich von neuem erkennen lassen, welches Maß von liebevollem Vertrauen und treuer Anhänglichkeit Mir aus allen Kreisen des deutschen Volkes entgegengebracht wird. In herzerhebender Weise ist dadurch Mein Ehrentag verherrlicht und Meine Festesfreude erhöht worden. Das verfloßene Lebensjahr hat Mir neben manchen freudigen Ereignissen auch schmerzliche Erfahrungen nicht erspart, auch bin Ich durch den Heimgang mehrerer Meiner Herzen besonders nahestehender Persönlichkeiten, wie Meines unvergeßlichen Oheims, des letzten Fürsten von Deutschlands Helden in großer Zeit, und Meines treuen Erziehers und Freundes in tiefer Trauer versetzt worden. Ich preise aber des Allmächtigen Güte, daß es wieder ein Jahr des Friedens und fortschreitender Entwicklung für das Vaterland gewesen ist, und vertraue zuversichtlich, daß Gott der Herr auch fernerhin Seine schützende Hand über das deutsche Volk halten und es auf friedlicher Bahn weiter führen wird zum Segen der Gesamtheit wie jedes Einzelnen. — Von dem Wunsche bejelt, Allen, die Mich an Meinem Geburtstage durch den Ausdruck ihrer freundlichen Teilnahme und treuen Fürbitte erfreut haben, Meinen herzlichsten Dank zu erkennen zu geben, ersuche Ich Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 30. Januar 1908.

Wilhelm, I. R.

Zur Tagung des Landesauschusses.

Strasburg, 31. Januar.

Der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen ist gestern durch den Kaiserlichen Statthalter, Grafen Medel, zu seiner 35. Tagung eröffnet worden. Graf Medel trat hiermit zum ersten Male während seiner Amtstätigkeit im Reichslande vor die volle Öffentlichkeit und das mag dazu beigetragen haben, daß die Tribünen bis auf den letzten Platz besetzt waren, wenngleich das Interesse an den Verhandlungen des hohen Hauses, das bekanntlich stiller und sachlicher arbeitet, als viele andere Parlamente, in letzter Zeit von Jahr zu Jahr gestiegen ist.

Die Eröffnung vollzog sich in den üblichen Formen. Der Statthalter erschien an der Spitze des Ministeriums vor dem fast vollständig versammelten Hause und kündigte in einer Ansprache die Aufgaben an, die das reichsländische Parlament in dieser Tagung beschäftigen sollen. Das Hoch auf Seine Majestät den Kaiser, mit dem er schloß, fand freudigen Widerhall und darauf verließ der Statthalter den Saal, um von seiner Loge aus dem Gang der Verhandlungen zu folgen, die nach der im Strasburger Parlament herrschenden Sitte mit einer Betrachtung des Alterspräsidenten über die politischen Ereignisse des letzten Jahres eingeleitet wurden. Die Wahl des Präsidiums, die die beiden ersten Vortagenden, die Staatsräte v. Jaumez und Dr. Gungler bestatigten und an Stelle des aus Altersrückichten zurücktretenden Abg. Kraft den verdienten Abg. Koechlin setzte, der die Wahlen in die Abteilungen und Kommissionen folgten, machten den Beschluß.

Graf Wedel hat das Glück, das erste Jahr seiner Amtstätigkeit mit manchen hoffnungsvollen Ausblicken in die Zukunft eröffnen zu können. Zunächst hat das abgelaufene Rechnungsjahr nicht den befürchteten Ausfall ergeben, so daß statt einer 3 Millionenanleihe nur eine solche von einer halben Million nötig wurde. Mehreinnahmen haben dies günstige Ergebnis gezeitigt und sie machen auch für das laufende Jahr einen ähnlichen günstigen Abschluß wahrscheinlich. Die großen Werke, die das Land in den letzten Jahren in Aussicht oder in Angriff genommen hat, Rheinregulierung, die Wasserkraftwerke am Oberrhein, die Moellkanalisierung, die Reblausbekämpfung — alles Fragen von eminenter Bedeutung für das wirtschaftliche Leben des Landes — haben Fortschritte gemacht, und die Verhandlungen darüber mit den Nachbarstaaten nahmen einen guten Fortgang, so daß die Landesverwaltung hier guten Mutes auf dem beschrittenen Wege fortgehen kann, wenn auch immer an den guten bewährten Grundsätzen der Sparsamkeit festgehalten werden soll.

Die wichtigste Vorlage, die der Statthalter in seiner Begrüßungsansprache ankündigte, sind der Etat und daneben eine Denkschrift über die Reform der direkten Steuern, in der auch eine durchgreifende Aenderung der Gemeindebesteuerung Anregung findet und im Zusammenhange damit Gesetze über die Grundwertabgabe und die Wertzuwachsabgaben zugunsten der Gemeinden. Der Etat enthält eine Mehrforderung von 1 177 853 M. für die Erhöhung der Beamtengehälter. Die Forderung wird begründet mit den steigenden Anforderungen an die gesamte Lebenshaltung und dürfte damit kaum auf Widerspruch stoßen. Das Haus selbst hatte sich schon im vorigen Jahre in diesem Sinne ausgesprochen. Die Gehälter der Landesbeamten sollen nach der Vorlage der Bezüge der Beamten im Reich u. in Preußen an Gehalt u. pensionsfähigem Wohnungsgeldzuschuß gleichgestellt werden. Die Erhöhung kommt neben einigen höheren Beamten hauptsächlich den mittleren und auch mehreren Kategorien der Unterbeamten zugute. Diese Regelung empfahl sich durch die besonderen Verhältnisse in dem schmalen Grenzlande, das bei seiner starken Belegung mit Garnisonen und Beamten eine Differenzierung nicht zuläßt, wie sie anderswo möglich erscheint. Die Denkschrift über die Steuerreform wird ja dem Hause zunächst nicht Gelegenheit geben, direkt, durch eine Abstimmung Stellung zu dieser Frage zu nehmen, indessen kann es nach der ganzen Entwicklung nicht zweifelhaft sein, welche Richtung diese Reform verfolgen wird. Es kommt hier weniger das Interesse des Staates in Betracht, der, wie gerade die jetzige Mitteilung des Statthalters lehrte, mit seinem erst seit einigen Jahren neu geregelten Ertragssteuern sehr wohl auskommen kann, als die Gemeinden, deren Einnahmen im wesentlichen auf Zuschlägen zu den staatlichen Steuern beruhen. Das Wachstum gerade der größeren und großen Gemeinden bedingt vielfach ein verhältnismäßiges Wachstum der Ausgaben für Schulen und Wegebauten, die sozialen Lasten, die nun einmal als unumgänglich anzusehen sind, treffen gerade sie und nach mancher Richtung fast ausschließlich. Auf der anderen Seite droht ihnen mit dem Jahre 1910 ein recht erheblicher Ausfall, da dann nach dem Beschlusse des Reichstages die Oktroiabgaben auf Lebensmittel verschwinden sollen. Diese bilden bisher einen recht erheblichen Bestandteil des städtischen Budgets. Notwendigerweise müssen da den Städten neue Einnahmequellen eröffnet werden. Wie die Verhältnisse liegen, dürfte allem Anschein nach auf eine Einkommensteuer zurückgegriffen werden. Damit würde übrigens eine ziemlich allgemein verbreiteten Strömung entgegengekommen werden, die sich in unserem öffentlichen Leben, in Versammlungen, der Presse und in den Parteien des Landes geltend macht.

Weite Vorlagen sehen eine Reliktverforgung der Beamten, Lehrer und Universitätsprofessoren, eine Verschärfung der Gewerbeaufsicht in den Bergwerken, eine stärkere Besteuerung der Bergwerke, die Einführung der Reichsgesetzgebung über den Unterstützungswohnsitz usw. vor oder leiten eine solche direkt ein. Auch diese Vorlagen entsprechen zum Teil Wünschen, die aus dem Hause selbst oder aus dem Lande laut geworden sind. Der Alterspräsident hat in seiner Rede des Fürsten Söhenlohe-Langenburg gedacht und seiner Bemühungen um die Aufhebung des Diktaturparagrafen; er knüpfte daran die Hoffnung, daß unter seinem Nachfolger die Verfassungsfrage gelöst, die Autonomie des Landes sichergestellt werden möge. Wie das geschehen solle, gab er nicht an, in seiner temperamentvollen Weise aber betonte er gleichzeitig, daß in dieser Frage im Lande selbst und unter seinen Vertretern im Reichstage keine volle Einigkeit herrsche. Einen prinzipiell verneinenden Standpunkt hat die Regierung hierzu niemals eingenommen; auch sie hat mehr als einmal darauf hingewiesen lassen, daß der Weg zu diesem Ziele nicht einwandfrei vorgezeichnet sei.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 31. Januar.

Die gestern mitgeteilte Resolution, betreffend Vergebung der Arbeiten und Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen beantwortet Gröber (Zentr.), und führt dabei aus: Seine Freunde ständen auf dem Standpunkt, daß Tarifverträge für beide Teile vorteilhaft seien. Den Arbeitsvertrag berührte die Resolution nicht, sondern das Verhältnis der Arbeiterverwaltung zu den Unternehmern. Die Resolution greife also nicht in die Bestimmungen der Gewerbeordnung ein. Gegen den sozialdemokratischen An-

trag, hinter dem Worte „Arbeiterausschüsse“ einzuschalten: „und Arbeiterorganisationen“, habe er kein Bedenken.

Abg. v. Nisthosen (konf.) meint, er zweifle in keiner Weise die Bedeutung der Tarifverträge an. Eine andere Frage sei aber, ob die Reichsverwaltung, eine solche Einwirkung ausüben wolle, wie sie hier verlangt werde. Er für seine Person werde gegen die Resolution stimmen.

Abg. Ledebour (Soz.) führt aus: Die Tarifverträge werden von allen Arbeitern dringend gefordert; Meinungsverschiedenheiten bestanden nur in der Form. Der Staatssekretär glaubt, aus der Form des sozialdemokratischen Antrages herauslesen zu müssen, daß dadurch die den Arbeitern gewährte Koalitionsfreiheit in einen Koalitionszwang verwandelt werde. Das stimme nicht. Es sei nach wie vor jedem Arbeiter unbenommen, keiner Organisation beizutreten.

Abg. Semler (natl.) spricht gegen die Resolution, befürchtet aber im allgemeinen den Tarifverträgen gegenüber eine freundliche Auffassung.

Abg. Radnide (fr. Vgg.) stimmt dem Antrage zu. Zahlreiche süddeutsche Staatsverwaltungen verfahren bereits in dem Sinne; der Tarifvertrag sei der Vertrag der Zukunft. Der Staat dürfe nicht als Rohndrücker auftreten.

Abg. Behrens (Wirtsh. Vgg.) legt dar: Wenn die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollten, müßten sie auch auf dem Gebiet der Kollektivverträge vorangehen. Die Tarifverträge könnten einfacher Weise nur mit Arbeiterorganisationen abgeschlossen werden. Die Arbeiterausschüsse werden erst dann nützlich wirken. Seine Partei werde für die Resolution stimmen.

Abg. Ledebour (Soz.) meint, der Vorredner beurteilt die ganze Frage im Ganzen weitherziger, als der Abg. Radnide. Der Behauptung Radnides, daß die Gewerkschaften sich mit der Sozialdemokratie identifizierten, müsse er entgegenreten, da beide selbständig entscheiden (Widerspruch).

Abg. Radnide (fr. Vgg.) hebt hervor, die Tatsachen hätten gezeigt, daß in den letzten Jahren die Annäherung zwischen der gewerkschaftlichen Bewegung und der sozialdemokratischen Partei immer enger geworden sei.

Abg. Gué (Soz.) bittet dringend, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen, und mitzuwirken, daß den Arbeitern die Gleichberechtigung beim Abschluß der Tarifverträge eingeräumt werde.

Abg. Mugdan (fr. Vp.) bekennt sich, wie schon früher, als ein Freund der Tarifverträge. Nicht die Sozialdemokraten hätten ein warmes Herz für die Arbeiter. (Beifall und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Zusammenhang der freien Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten könne nicht geleugnet werden. Der Antrag wäre überhaupt nur dann durchführbar, wenn man mit dem Abg. Ledebour annehme, daß die Arbeiter in Kiel sämtlich Sozialisten wären; so schlimm sei die Sache doch nicht. Er habe die Sozialdemokratie hier angegriffen, weil er die Sozialdemokraten für die größten Arbeiterfeinde halte; er habe niemals gegen die Interessen der Arbeiter gesprochen. Das sei der Aergern der sozialdemokratischen Partei.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Ledebour, Behrens und Mugdan, wird auf Antrag des Grafen v. Helldorf die namentliche Abstimmung über die Resolution beschlossen und auf morgen festgesetzt.

Es folgt die Beratung des Reichseisenbahnetats. Abg. Stolle (Soz.) gibt eine Uebersicht über die Eisenbahnunfälle der letzten Jahre, und zieht daraus die Folgerung, daß dieselben auf die Mangelhaftigkeit der Einrichtungen und des Betriebs zurückzuführen seien. Ein großer Teil der Entgleisungen sei durch mangelhafte Bahnhofsanlagen verschuldet. Die Eisenbahnbeamten seien besser zu beschaffen. Dem Wagenmangel werde, trotz der Mägen aller Parteien, noch immer nicht abgeholfen; namentlich im Ruhrgebiet werde über Mangel an Wagen geklagt.

Abg. Burdard (Wirtsh. Vgg.) trägt Wünsche der elsässisch-lothringischen Betriebsbeamten um Aufbesserung vor.

Der Präsident des Reichseisenbahnnetates, Dr. Schulz, weist darauf hin, daß die allgemeinen Bestimmungen über den Dienst auf der Eisenbahn mit der größten Sorgfalt ausgeübt und mit den Vertretern der Bundesregierung beraten werden. Erst vor zwei bis drei Jahren sei eine neue Eisenbahnbetriebsordnung vom Bundesrat beschloffen worden, die wol als Muster angesehen werden kann. Ihm sei neulich von einer ausländischen Regierung die Bitte ausgesprochen worden, die Betriebsordnung ihr mitzuteilen, weil sie eine anerkannt vortreffliche sei. Es sei alles geschehen, was geschehen konnte, um den Betrieb der deutschen Eisenbahnen sicher zu gestalten. Die Anzahl der Unglücksfälle sei nicht größer als im Auslande. Durch die Festsetzung der Betriebsordnung sei es gelungen, Unglücksfälle mehr und mehr zu verhindern. Das sei eine ausgezeichnete Leistung der deutschen Eisenbahnverwaltung, trotzdem der Verkehr stark gestiegen sei. Wenn in Einzelfällen gegen die vorchriftsmäßige Geschwindigkeit verstoßen worden sei, so sei dies zu bedauern. Auf die Verhältnisse der Beamten und Arbeiter erstreckte sich der Einfluß des Reichseisenbahnnetates nicht. Was den Wagenmangel betreffe, so erkläre sich derselbe aus dem außerordentlichen Anwachen des Verkehrs. Die Verwaltung sei bemüht, durch reichliche Beschaffung von Wagen dem Mangel abzuhelfen. Für 1907 habe die preussische Eisenbahngemeinschaft für 250 Millionen Mark Betriebsmaterial angekauft. Derselbe Betrag dürfte auch für 1908 eingestellt werden. Eine Ueberlastung der Beamten liege nicht vor. Benützigtes sei festgesetzt worden, daß nicht etwa in den letzten Stunden der Dienstzeit der Beamten die größte Zahl von Unglücksfällen vorkomme.

Abg. Storz (Wp.) bedauert, daß die Betriebsmittelgemeinschaft gescheitert sei. Er schilderte, wie Württemberg Eisenbahnen unter der durch Anleitungen zum Ausdruck kommenden Konkurrenz der benachbarten Bahnverwaltungen leiden, einer Konkurrenz, die ein Hohln auf die deutsche Einheit und das Prinzip der kürzesten Linien sei. Es sei die höchste Zeit, daß der Eisenbahn-Kartellismus einer verständigen deutschen Eisenbahnpolitik Platz mache. Die Fahrkartentaxe sei ein Fehler erster Güte. Redner bemängelt sodann verschiedene technische Einrichtungen und insbesondere die Verschiedenheit der Tarife in den einzelnen Staaten.

Nach einer Entgegnung des Präsidenten Dr. Schulz wird die Fortsetzung der Beratung auf morgen 11 Uhr vertagt. Außerdem kleine Etats. Schluß 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 1. Februar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Nach Erledigung von Rechnungssachen und Petitionen erfolgt die Abstimmung über die Resolution zu den Tarifverträgen. Ein sozialdemokratischer Zusatzantrag wird mit 166 gegen 114 Stimmen abgelehnt und sodann die von der Kommission eingebrachte Resolution mit 213 gegen 67 Stimmen angenommen. Bei beiden Abstimmungen enthielt sich ein Mitglied der Stimnabgabe.

Es folgt die zweite Beratung der Nachtragsforderung für das Luftschiff des Grafen Zeppelin. Die Budgetkommission beantragt Zustimmung. Abg. Nisthosen (konf.) empfiehlt den Kommissionsantrag zu Annahme.

Abg. Bogt-Hall (Wirtsh. Vgg.): Man mag über das starre System denken, wie man will, feststeht, daß der Flug des Grafen Zeppelin auf dem Bodensee mit Freuden begrüßt wurde. Wir Süddeutsche dürfen stolz sein auf unseren Landsmann, der mit soldatischer Fähigkeit und Ausdauer an seinem Werke gearbeitet. (Beifall rechts.)

Abg. Hug (Zentr.): Das deutsche Volk habe allen Grund, dem Grafen Zeppelin dankbar zu sein. Die Forderung wird hierauf bewilligt.

Eine Forderung für Grundenergie zur späteren Erweiterung des Bahnhofes Mühlhausen-Nord wird angenommen.

Das Haus setzt sodann die Beratung des Reichseisenbahnetats fort.

Abg. Wedel (natl.) bedauert, daß die Verhandlungen, betreffend die Betriebssmittelgeminschaft gescheitert seien. Er teile die vorgestern vorgebrachten Tarifforderungen. Er glaube, daß der Abg. Stolle bezüglich der Eisenbahnunfälle die Farben zu schwarz aufgetragen habe. Wir bedauern den geringsten Unfall, doch seien Unfälle, ob sie durch Zufall oder andere Umstände hervorgerufen werden, nicht ganz zu verhüten.

Im weiteren Verlaufe der Debatte leitet Abg. Stolle (Soz.) aus Artikel 45 der Reichsverfassung die Möglichkeit einer Einwirkung seitens des Reichs im Sinne einer Tarifherabsetzung ab.

Nach Erledigung des Etats wird die nächste Sitzung auf Montag 2 Uhr anberaumt. Tagesordnung: Militäretat.

* Berlin, 1. Febr. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages erklärte Staatssekretär Kräfte, eine Aenderung der Telephongebühren könne nur durch Gesetz erfolgen; der Reichstag würde sich also mit der Frage zu beschäftigen haben.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramm.)

London, 31. Jan. Unterhaus. Die Debatte über die Antwort auf die Thronrede wird fortgesetzt. Rutherford (Radikal) brachte einen Änderungsantrag ein, in dem er darauf hinweist, daß die gegenwärtige Lage in Indien die ernsteste Bedrohung durch die Regierung erfordere. Er sagte, die Indier hätten gesehen, wie sich Japan zu der Stellung einer Großmacht emporgeschwungen habe, und ihre Einbildungskraft sei dadurch erregt worden. England müsse jetzt angesichts der Frage, entweder mit großen Reformen in Indien vorzugehen oder eine Revolution gewärtigen zu müssen. Rutherford forderte die Selbstregierung in Indien, ähnlich wie bei den anderen Kolonien Englands, und schlug die Einrichtung von Provinzialparlamenten und eine Reichsverwaltung für ganz Indien vor. Sir Henry Ceuten (Radikal) erklärte, die allgemeine Stimmung in Indien sei unruhig und unzufrieden und bilde eine ernste Gefahr. Im Verlaufe der Diskussion über Ägypten erklärte Staatssekretär Grey, die bestehenden repräsentativen Einrichtungen Ägyptens müßten den Ausgangspunkt für jeden weiteren Schritt zur konstitutionellen Reform bilden. Der Staatssekretär für Indien, Morley, sagte, während der letzten zwei Jahre hätten schwarze Wolken den indischen Horizont verhüllt, aber die Politik der Regierung habe diese Wolken allmählich gerestreut. Morley erklärte mit Nachdruck, man gebe sich einer Täuschung hin, wenn man behaupte, europäische Regierungssysteme auf den indischen Staat zu übertragen. Nach weiterer Diskussion über die Situation in Ägypten wurde die Debatte bis zum 3. Februar vertagt. Dann soll auch über die irischen Angelegenheiten verhandelt werden.

Der Staatssekretär für Indien, Morley, sagte, während der letzten zwei Jahre hätten schwarze Wolken den indischen Horizont verhüllt, aber die Politik der Regierung habe diese Wolken allmählich gerestreut. Morley erklärte mit Nachdruck, man gebe sich einer Täuschung hin, wenn man behaupte, europäische Regierungssysteme auf den indischen Staat zu übertragen. Nach weiterer Diskussion über die Situation in Ägypten wurde die Debatte bis zum 3. Februar vertagt. Dann soll auch über die irischen Angelegenheiten verhandelt werden.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 1. Februar.

** Fortgang der Katastervermessung und der Aufstellung der Lagerbücher. Im Jahre 1907 wurden 6 Lagerbücher neu aufgestellt, so daß am Ende dieses Jahres für 2041 Gemarkungen des Großherzogtums das Lagerbuch aufgestellt und den Gemeinden übergeben ist. Für 11 weitere Gemarkungen war mit der Aufstellung des Lagerbuchs begonnen. Von den übrigen 56 Gemarkungen — die Gesamtzahl der Gemarkungen ist nach dem Stand vom 31. Dezember 1907: 2108 — sind 24 vollständig vermessene und die Gemeinden bereits im Besitze der Vermessungswerte, in 22 ist die Katastervermessung im Gang und in 10 ist mit derselben noch nicht begonnen.

* Infolge der Stürme sind, wie aus Berlin gemeldet wird, die Telegraphenverbindungen nach West- und Süddeutschland, Frankreich, Belgien, Holland und Italien in erheblichem Umfange gestört. Die Telegramme erleiden bedeutende Verzögerungen.

Z. (Genel-Konzert.) Der beliebte Tenorist Heinrich Hensel gab gestern im Museumsaal ein Konzert, oder richtiger gesagt, wirkte in einem Kammermusikabend der Triobererinnung Weil (Klavier), Liesenborgs (Violine) und Heilberth (Cello) solistisch mit. Er ersang sich mit Liedern von Beigartner „Liesbestier“, Schumann „Sibylago“ und Strauß „Sinnliche Aufforderung“, vor allem aber mit den Strophen „Am stillen Herd“ und dem „Preislied“ aus den „Meisterliedern“, sowie dem „Liesbestier“ aus der „Walfüre“ lebhaften Erfolg. Speziell in den letztgenannten Gesängen befand er sich auf seinem eigentlichen Gebiet und erfreute das Publikum mit seinem ausgiebigen, wohl lautenden hellen Tenor, der deutlichen Textdeklaration und der Wärme des Vortrags. Auch die von Herrn Hensel stimmvoll gesungenen Lieder zeigten die guten Eigenschaften seines Konzertgesangs, der durch eine einwandfreie Atemteilung noch gewonnen hätte. Der Sänger erwarb sich vielen Beifall, den er mit einer

Zugabe quittierte. Frl. Berta Weill eröffnete mit Herrn ...

Reiserturs für Schuhmacher in Verbindung mit Spezialausstellung für das Schuhmacherhandwerk in der Landesgewerbekasse.

Paradekonzerte. Nach einer Mitteilung an den Stadtrat ...

Freiburg, 31. Jan. Der Rektor unserer Universität, Geh. Hofrat Professor Dr. Albert Schinzinger ist im hohen Alter von 81 Jahren nunmehr in den Ruhestand getreten.

St.L.A. Am 31. Januar 1908 waren — soweit Berichte vorliegen — im Großherzogtum durch Schweinepest 10 Amtsbezirke mit 13 Gemeinden befallen und zwar: Amtsbezirk Gondorf mit 1 Gemeinde, Emmendingen (1), Mühlheim (1), Ehl (2), Bühl (1), Mannheim (3), Schwenningen (1), Heilbronn (1), Buchen (1) und Eberbach (1).

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 31. Jan. Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Am 19. d. M. fand bei Kani, am Westrande der Kalahari ein Ueberfall statt. Ein Reiter wurde dabei leicht verwundet. Es handelt sich, wie bei dem Ueberfall am 5. Dezember v. J. zwischen Arabern und Kewi, anscheinend auch diesmal um Leute Simon Koppers gegen den in nächster Zeit gemeinsam mit der Kappolizei vergegangen werden wird.

Paris, 1. Febr. Se. Majestät König Leopold von Belgien stattete gestern vormittag Clemenceau und Pichon seinen Besuch ab. Am Nachmittag besuchte er den Präsidenten Fallières. — Das „Journal des Débats“ glaubt zu wissen, daß die Besuche, welche König Leopold gestern dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Äußern abgestattet hat, mit der Kongofrage zusammenhängen. Angesichts des diese Frage betreffenden Passus der englischen Thronrede habe namentlich der König der Belgier den lebhaftesten Wunsch, über die diesbezüglichen Anschauungen der übrigen Mächte, insbesondere Frankreichs, unterrichtet zu sein.

Konstantinopel, 1. Febr. Der deutsche Botschafter Hr. Marschall v. Bieberstein wurde nach dem gestrigen Schluß des Sultan in Audienz empfangen. — Die Botschaft hat auf die letzte (4.) Note der Botschafter wegen Verlängerung der Mandate für die mazedonischen Reformorgane in einer Note vom 30. Januar abgelehnt und geantwortet. Es entspricht dem Prinzip der Souveränität der Türkei, sowie der Auffassung der Bevölkerung, daß die Reformorgane Staatsbeamte seien.

New York, 1. Febr. Präsident Roosevelt hat an den Kongress eine Spezialbotschaft gerichtet, in der er die Trübsal der Nation behandelt und Maßnahmen gegen die Korruption im Geschäftsleben befürwortet. Der Wiederholung der Skandale, wie sie die jüngste Zeit im geschäftlichen und politischen Leben ans Licht gebracht hat, müsse vorgebeugt werden. Die Bewegung gegen die Korruption sei nicht, wie seine Gegner sie ansehen, eine rein ökonomische, sondern grundsätzlich eine ethische Bewegung.

New York, 1. Febr. Gouverneur Hughes, der wahrscheinlich für die Präsidentschaft kandidieren wird, hielt gestern eine Rede, in der er erklärte, er werde bei seiner Bewerbung um die Präsidentschaft Roosevelts kräftige Unterstützung von Rückbüchern volle Anerkennung zollen und er werde sich dagegen erklären, daß Körperkraft nicht mit Geldkraft belegt werden, da solche Gelder entweder auf das Substitut abgewandt oder von den Aktionären bestritten werden. Er werde Gefängnisstrafen vorsehen.

Kapstadt, 1. Febr. Der Premierminister Jameson ist von seinem Posten zurückgetreten. — Melbourne, 31. Jan. Der Landesverteidigungsminister legte dem australischen Bundesparlament den Entwurf eines Landesverteidigungsgesetzes vor, welches jeden männlichen Einwohner von 12—18 Jahren zur Uebung als Kadett und von 18—26 Jahren zur Uebung in der Nationalgarde verpflichtet. Man schätzt, daß in 8 Jahren 214 000 Mann für den Kriegsfall ausgebildet und bewaffnet sein werden.

Verschiedenes.

Wien, 1. Febr. Die Influenza fordert hier und in den Nachbarstädten zahlreiche Opfer.

Niel, 1. Febr. Das Marinegericht beurteilte die Geizer Wieniowski und Janzen wegen militärischen Aufruhrs zu 5 1/2 bzw. 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus und Entfernung aus der Marine.

Burgsteinfurt, 1. Febr. Die großen Lager der Firma Wertheimer sind gestern vollständig niedergebrannt.

München, 1. Febr. Der Physiologe Geh. Rat Professor Dr. Karl von Voit ist gestern, 78 Jahre alt, gestorben.

Wien, 1. Febr. Ein zum Tode verurteilter Verbrecher, Faibro, ist gestern aus dem Gefängnis entwichen.

London, 1. Febr. Die „Central News“ lassen sich aus New York melden: Eine schwere Explosion, bei der eine Reihe von Menschen getötet oder verletzt wurde, ereignete sich infolge schlagender Wetter in der Newriver-Grube bei Charlton in Westvirginien. Bisher wurden 11 Tote geborgen. Man befürchtet, daß die Katastrophe noch viel mehr Opfer fordert hat.

St. Petersburg, 1. Febr. Die hiesige Telephonfabrik von Heßler steht in Flammen. Durch Einsturz einer Decke wurden 8 Feuerwehrlente schwer verletzt. 20 000 Apparate die für die hiesige Telephonstation bestimmt waren, wurden vernichtet.

New York, 1. Febr. Nach der vom Präsidenten der United States Steel Corporation abgegebenen Erklärung ist in einer Konferenz von über 70 führenden Stahlfabrikanten, die in der Nacht auf Freitag stattfand, ein Einverständnis dahin erzielt worden, an dem gegenwärtigen Preise für Stahl festzuhalten.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan für die Zeit vom 1. bis mit 11. Februar 1908. Im Hoftheater in Karlsruhe: Samstag, 1. Febr. Abt. C. 33. Ab.-Vorst. „Der Ring des Nibelungen“, ein Bühnenfestspiel von Richard Wagner. Vorabend, „Das Rheingold“ in 1 Aufzuge. Erda: Johanna Lippe als Galt. Anfang 7 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 1. Februar 1908.

Die am Vortag über der nördlichen Nordsee gelegene Depression ist in das Ostseegebiet herangezogen und weist Minima über der Kieler Bucht und bei Wisby auf. Hoher Druck lagert vor dem Kanal. In Deutschland herrscht unter dem Einfluß der Depression trübes Wetter mit Schneefällen; die Morgen-temperaturen liegen stellenweise etwas unter dem Gefrierpunkt. Veränderliches und etwas kälteres Wetter, vorerst noch mit Schneefällen, ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 1. Februar früh:

Florenz bedeckt 2 Grad; Rom wolfig 6 Grad.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

„Er zeigt mit den Fingerchen darauf.“

Gewiß ist es ein tröstlicher Gedanke für eine Mutter, jederzeit ein erfahrungsgemäß zuverlässiges Nahrungsmittel bei der Hand zu haben. Nachfolgende Zeilen von Frau Opfinger dürften jeden Leser überzeugen, daß ihr Vertrauen in Scotts Emulsion vollständig gerechtfertigt ist:

Barmen, Emilstraße 33, 24. Oktober 1906. Ihre Scotts Emulsion hat sich bei unserm kleinen Hans im Laufe dieses Jahres schon zweimal vorzüglich bewährt. Anfangs dieses Jahres machte ich bei ihm den ersten Versuch, da er mit 18 Monaten noch nicht allein stehen konnte und schwer zählte. Schon nach wenigen Wochen hatte ihn der Gebrauch von Scotts Emulsion so gekräftigt, daß er zu gehen anfangte und auch sonst prächtig gedieh. Im Sommer jedoch war er nach überhandenem Magenkatarrh so unkräftig, daß ich mit Sorgen sah, wie magern und blaß das Kind wurde. Aber auch da ließ ich ihn Scotts Emulsion nehmen und mit so gutem Erfolge, daß er jetzt wieder rote Backen hat und guter Dinge ist. Scotts Emulsion nimmt er so gern, daß er immer mit dem Fingerchen darauf zeigt, um anzudeuten, daß er mehr will.“



(gez.) Frau Wilhelm Opfinger. Der beste Kostoten (Norweger) Lebertran ist im Scottschen Verfahren zu einer wohlbelutschlichen und leichtverdaulichen Emulsion verarbeitet. Diese Vorzüge bietet nur Scotts Emulsion, deren äußeres Erkennungszeichen unsere jeder Packung aufgedruckte bekannte Schutzmarke der „Fischer mit dem Dorsch“ ist.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im Großen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Dorsch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinster Medizinal-Lebertran 150,0, prima Glycerin 50,0, unterphosphorigsaures Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natrium 2,0, pulv. Tragant 3,0, feinstes arab. Gummi pulv. 2,0, destill. Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Zimt-, Mandel- und Gaultheriazöl je 2 Tropfen.

Bei Verfezierungen empfehlen sich den Herren Beamten folgende Möbeltransport-Geschäfte. Aachen: Städt. Hermann, Eisenbahnstr. 10. Freiburg i. Br.: Dietrich, Fr. X., Spez.-Gesch. f. Möbeltransport. Münster, Joh., Merianstr. 19. Spohn, G., Joh. N. Grammelshpacher. Gg. Hehenmaier, Luisenstr. 38. Jakob Freier, Söhnestr. 101. Weimer, Paul, Gölbestr. 5, Telephon 13. Senger & Rutz, Amt. Bahnhofsbebauung. Golländer, Konr., R. 6, 5 a, Telephon 3037. Maier, Ad., Erbprinzenstr. 8, Telephon 1040. Seegmüller & Co. Karlsruher: Kammerer & Bantlin (Joh. Otto Bantlin), Romulus-Ring 13, Tel. 35. Gr. Lageräume. M. v. Deutch, Möbeltransport-Gesch. Friedrich & Co., Möbelfabrik u. Transport.

Polologlow - Cigaretten werden von Kennern bevorzugt.

Engros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail. Kaiserstraße 189, zwischen Herren- und Waldstraße. Karneval. Sämtliche Zutaten zur Aufertigung für Ball- u. Karneval-Kostüme in größter Auswahl und billigsten Preisen. Spezialität: Landestrachten. Komplette Tyroler-Kostüme für Damen, Herren u. Kinder.

Gegr. 1869. Emil Schmidt & Cons. Karlsruhe. Ingenieure für hygienisch. techn. Einrichtungen. Projektierung von Krankenhäusern, Kurhäusern, Villen u. Ausführung von Inhalatorien, Chem. Laboratorien. Größtes Lager am Platze in Beleuchtungskörpern für Gas und Elektrizität. Ausstellungsräume: Kaiserstr. 209 und Hebelstr. 3.

Die Patent-Backöfen

und Fleischgründerapparate des Erfinders Weber sind nicht nur die besten in jeder Beziehung, sondern auch nachweislich die billigsten, da solche in großen Massen hergestellt werden wie von keiner andern Seite. Ueber 12000 Stück im Betrieb (mehr als alle Nachahmer zusammen) mit mehr als 3000 Zeugnissen und Referenzen verleiht auf Wunsch kostenlos die erste und größte Spezialfabrik der Branche.

Anton Weber, Ettlingen b. Karlsruhe. Wo nicht vertreten, tüchtige Vertreter gesucht. R. 563

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with columns: Januar, Barom. mm, Therm. in C., Wind, Himmel. Data for 31. Nacht, 1. Wtrg., 1. Mittg., Höchste Temperatur am 31. Januar: 15; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0,6. Niederschlagsmenge des 31. Januar: 4,0 mm. Schneehöhe: Am 1. Februar, morgens 7 1/2 Uhr = 1 cm. Wasserstand des Rheins am 1. Februar, früh: Schwenningen 1,18 m, gefallen 14 cm; Rehl 1,79 m, gefallen 11 cm; Magau 3,39 m, gefallen 27 cm; Mannheim 2,84 m, gefallen 42 cm.

Weisse Woche.

Vom **3.—10.** Februar gewähren wir auf **sämtliche Artikel** meines reich sortierten Lagers

Doppelte Rabattmarken

oder **10%** in bar

außerdem habe im Preise ganz bedeutend zurückgesetzt

einen Posten Baumwollwaren, Wollmousseline, Piqué-Decken, Bettdecken in Englisch-Tüll, Spachtel und Band, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken in weiss u. farbig, Teppiche, Unterröcke, Schürzen, Sofa-Kissen.

Reste in Damen- und Herrenstoffen.

Uebernahme
kompletter Aussteuern!

Christ. Oertel,

Kaiserstrasse
101/103

Telephon Nr. 217

Grossherzog Friedrich II.

Grossherzogin Hilda

Kunsthdlg. u. Rahmenfabr. **E. Büchle** Karlsruhe, Kaiserstr. 149.

Kupfergravüren n. den Prophetischen Originalen à M. 4
Bildgr. 43x57, Papiergr. 96x73 cm
Kupfergravüren n. d. Originalaufn. v. Th. Schuhmann & Sohn à M. 4
Bildgr. 55x43, Papiergr. 90x72 cm
ferner Originalaufnahmen in verschiedenen Grössen und Preisen.
empfiehlt

Brauerei Fr. Hœpfner, Karlsruhe

empfiehlt Ihre rezenten und vollmundigen

Lager- u. Export-Biere, hell u. dunkel

in Kisten à 20¹/₁ und 20²/₂ Fl. sowie in Gebinden.

Kurhaus
für Nerven- und Gemütskranke

von **Dr. Rich. Fischer**
Neckargemünd bei Heidelberg

Komfortabel eingerichtete Heilanstalt in schönster Lage des Neckartales, in unmittelbarer Nähe des Waldes und ausgestattet nach allen Anforderungen der modernen Psychiatrie.
Gegründet 1898
Prospekte frei durch die Direktion

Hotel Viktoria

vollständig renoviert und neu eingerichtet, aparte Säle für Hochzeiten, Bälle etc. — Vorzügliche Küche, selbstgezogene offene badische Weine.

Neue Direktion:

Otto Frommann

Schmitt-Jene.

Glacéleder- und Handschuhfabrik

Pfinzstr. 34/36 **J. L. Huber, Durlach** Teleph. Nr. 36

Spezialität: **Ziegenleder-Handschuhe.**

Detailverkauf zu Fabrikpreisen. Auf Wunsch Auswahlendung.
Anfertigung nach Mass in kürzester Frist. 9.697

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe

Die Vorschriften

über die
juristische Vorbildung in Baden

erläutert von
Dr. Hermann Bleicher, Staatsanwalt

Dritte Auflage

bearbeitet von
Landgerichtsrat Dr. Schmidt

Hilfsarbeiter im Justizministerium
Preis 3,20 Mk.

Besprechungen der 2. Auflage:
„... wird das Werk den angehenden Juristen und Verwaltungsbeamten ein wertvoller Führer und allen Stellen, bei denen Praktikanten und Referendäre beschäftigt werden, ein willkommenes Hilfsmittel sein.“
Zeitschrift f. bad. Verwaltung.
„Die Vorschriften sind mit sachkundigen Erläuterungen versehen. Die Einleitung... verdient allgemeine Beachtung.“
Literar. Mitteilungen d. Annalen.
„Allen badischen angehenden Juristen dürfte das Buch unentbehrlich sein.“
Strassburger Post.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag.

Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904

Unübertroffen zur Erhaltung einer schönen Haut

KALODERMA
KALODERMA-GELEE * KALODERMA-SEIFE
KALODERMA-PUDER.

F. WOLFF & SOHN, KARLSRUHE
Zu haben in Apotheken, bess. Parfümerie-, Drogen- u. Friseur-Geschäften.

Der diesjährige grosse

Weisswaren-Verkauf

mit besonders vorteilhaften Angeboten
in nur bestbewährten Qualitäten

beginnt

Montag, den 3. Februar 1908

S. Model

Hoflieferant

ROTE LOSE 1 Mark

des Badischen Landesvereins.

Nur Geldgewinne.

Ziehung sicher 22. Februar

3388 Bargewinne ohne Abzug.

44 000 M.

2 Hauptgewinne

20 000 M.

3386 Gewinne

24 000 M.

Los 1 M. 11 Lose 10 Mk.

Porto u. Liste 30 Pfg.

versendet das General-Debit

J. Stürmer, Strassburg i. E.

Langestr. 107.

In Karlsruhe: **Carl Götz**,

Hebelstr. 11/15.

La Follänbische **Torfstreu**
Bruno Randowetz,
D126 Duisburg a. Rh.

Chasalla-Normalstiefel

für Kinder und Erwachsene

Im „Chasalla“ Normal-Stiefel

ist ein fertiger Stiefel nach Maas und

bewahrt die natürliche Fussform.

Alleinverkauf zu Fabrikpreisen bei

H. Freyheit, Kaiserstrasse 117

Telephon 1271

Gebr. Ettliger Hoflieferanten

Kaiserstr. 199 Gegründet 1851 Telephon 528

Spezialhaus f. Besatzartikel u. Spitzen

Grösste Auswahl i. Besätzen, Stickerelen

Spitzen, Garnituren, Knöpfen, Bändern

Neue Abteilungen für

Blusen, fussfreie Röcke, Unterröcke

Handschuhe, Strümpfe, Schleier

970. Triberg. In dem Konkurs über den Nachlass der f. Adlertwitin Salomea Weiser Witwe in Langenschißbach soll die Schlussverteilung erfolgen.

Dazu sind noch 8298 M. 37 Pf. verfügbar, wovon Forderungen im Betrage von 23 252 M. 84 Pf. zu berücksichtigen sind, darunter keine bevorrechtigten.

Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts Triberg zur Einsicht auf.

Triberg, den 31. Januar 1908.

Der Konkursverwalter:

Rechtsanwalt Sittich in Triberg.

Vereinsregister.

Mannheim. O. 932.

Zum Vereinsregister Band III

O. 3. 29 wurde heute eingetragen:

Der Verein „Verband der Cigarrenfabrikanten“, Mannheim.

Mannheim, den 15. Jan. 1908.

Großh. Amtsgericht I.

Vereinsregister.

Mannheim. O. 933.

Zum Vereinsregister Band III

O. 3. 30 wurde heute eingetragen der

Verein „Große Karneval-Gesellschaft Eintracht“, Mannheim.

Mannheim, den 18. Jan. 1908.

Großh. Amtsgericht I.